



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**180,07 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**84,24 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

15

Prozent an dem Bochumer Wärmepumpen-Installateur 360 Volt hat sich die Schweriner Wemag gesichert. Das Unternehmen erhofft sich dadurch mehr digitales Geschäft.

WINDKRAFT

Bundesrat stimmt über „Südquote“ ab

IT

Ista forciert Automation bei der Datenabrechnung

BETEILIGUNG

Stadtwerke Wunsiedel beteiligen sich an SE-Trade

Inhalt

TOP-THEMA

→ **VERANSTALTUNG:** BDEW fordert weniger Einblick in kritische Infrastruktur

POLITIK & RECHT

- **WINDKRAFT** : Bundesrat stimmt über „Südquote“ ab
- **GAS:** LNG-Lieferungen aus den VAE vereinbart
- **GAS:** BSH warnt vor Konflikten durch Gasplattform
- **STATISTIK DES TAGES:** Anteil von Kohle und erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung weltweit von 2000 bis 2024

HANDEL & MARKT

- **WINDKRAFT** : RWE prüft Offshore-Wind-Projekte mit Masdar
- **WINDKRAFT:** Windindustrie erwartet weniger Aufträge
- **WINDKRAFT:** Finanzierung für Offshore-Windpark Gennaker steht
- **BRANDENBURG:** Landkreis Spree-Neiße baut Wasserstoffsystem auf

TECHNIK

- **IT:** Ista forciert Automation bei der Datenabrechnung
- **SMART METER:** PPC erhält EEBUS-Zertifizierung

UNTERNEHMEN

- **BETEILIGUNG:** Stadtwerke Wunsiedel beteiligen sich an SE-Trade
 - **BETEILIGUNG:** Wemag kauft sich bei Wärmepumpen-Installateur ein
 - **GASNETZ:** Uniper verkauft Anteil an Opal-Pipeline
 - **GAS:** MET sichert sich weiteres US-LNG
 - **PERSONALIE:** Leverkusen mit Daniel Dierich einig
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Gaspreise legen stark zu
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

BDEW fordert weniger Einblick in kritische Infrastruktur



Resilienz Webinar des BDEW Quelle: Susanne Harmsen

VERANSTALTUNG. Zwischen Drohnen und Daten: Der BDEW sieht auf vielen Ebenen Handlungsbedarf, um kritische Infrastruktur besser zu schützen.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert eine Anpassung von Transparenz- und Veröffentlichungspflichten zum Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS). In gesetzlichen Regelungsbereichen müssten sicherheitsrelevante Informationen stärker geschützt werden müssen. Anlass sind unter anderem die Anschläge auf das Berliner Stromnetz sowie aktuell auf Umspannwerke und Stromleitungen durch einen mutmaßlichen Einzeltäter in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg.

Nach Einschätzung des BDEW hat sich das Sicherheitsumfeld für Energie- und Wasserinfrastrukturen verändert. Hybride Bedrohungen, Sabotage und Angriffe auf Versorgungsstrukturen nähmen an Bedeutung zu. Gleichzeitig seien Informationen über kritische Anlagen vielfach aufgrund gesetzlicher Transparenzpflichten öffentlich zugänglich. Frei verfügbare Kartendienste und Anwendungen künstlicher Intelligenz könnten solche Informationen zunehmend automatisiert zusammenführen und auswerten.

Es müsse rechtlich geklärt werden, dass Unternehmen auch Zuwegungen um ihr Betriebsgelände wie Umspannwerke mit Videoaufzeichnungen überwachen dürften, forderte Kerstin Andreae online vor Journalisten. Die BDEW-Hauptgeschäftsführerin nannte zudem die Abwehr von Drohnen sowie rechtliche Folgen, falls herabfallende Drohnenteile Dritte schädigen, ungeklärte Rechtsfragen. Sie lobte zugleich „den engen Austausch“ mit der Regierung zu diesen Fragen.

Auch wer das Recht bekommt, Drohnen mit welchen technischen Mitteln abzuwehren, sei ungeklärt. Angesichts der mit Sprengstoff bewaffneten Drohnen vom Leipziger Flughafen hätten diese Fragen aber hohe Relevanz. „Unternehmen sollen freiwillig entscheiden, welche Abwehrmaßnahmen sie selbst ergreifen und wo sie die Polizei oder private Sicherheitsfirmen beauftragen“, schlug Andreae vor. Dazu müsse aber auch geklärt sein, wie zusätzliche Kosten erstattet werden.

Auch andere Bereiche Teil von KRITIS

Auch die Wasserversorgung gehöre zu Kritischen Infrastruktur, erinnerte Martin Weyand. Hier müssten Unternehmen die Möglichkeit bekommen, über Beleihungen auf ihre Grundstücke oder Anlagen, Investitionen in Sicherheit zu finanzieren, schlug er vor. Der Verband sieht einen Zielkonflikt zwischen

demokratischer Transparenz und dem Schutz kritischer Infrastruktur.

Transparenz bleibe ein Grundprinzip des freiheitlich-demokratischen Systems, müsse aber mit den Sicherheitsinteressen von Staat und Gesellschaft abgewogen werden. Nach Auffassung des BDEW sollte dabei das Need-to-know-Prinzip stärker berücksichtigt werden. Sicherheitsrelevante Informationen sollten nur denjenigen zugänglich sein, die sie für ihre Aufgaben benötigen.



Kerstin Andreae und Martin Weyand beim BDEW-Webinar
Quelle: Susanne Harmsen

Infrastrukturatlas soll weniger Details zeigen

Als besonders relevant nennt der BDEW den Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur. Dieser könne sensible Informationen über kritische Anlagen vorhalten. Der Verband kritisiert, dass die bestehenden Ausnahmen für KRITIS nicht ausreichen. Der BDEW schlägt deshalb vor, Daten dezentral oder bilateral über die zuständigen Betreiber und Kontaktstellen bereitzustellen. Datenlieferpflichten sollten sich auf Infrastrukturen beschränken, die für Ausbauvorhaben tatsächlich relevant seien. Für kritische und sicherheitssensible Infrastrukturen fordert der Verband weitergehende Ausnahmen.

Auch die geplanten Kapazitätskarten für Stromverteilernetze sieht der BDEW kritisch. Nach dem Entwurf für das sogenannte Netzanschlusspaket sollen Verteilnetzbetreiber verfügbare Netzanschlusskapazitäten auf bestimmten Netzebenen geografisch auf ihren Internetseiten darstellen und monatlich aktualisieren. Eine hohe räumliche Detailtiefe könne nach Einschätzung des Verbands gezielte Störungen erleichtern.

Der BDEW fordert daher, Informationen über Netztopologien und Engpässe räumlich und zeitlich zu abstrahieren. Eine ähnliche Forderung stellt der Verband für die geplanten Verteilernetzentwicklungs- und Stilllegungspläne für Erdgas- und Wasserstoffnetze auf.

Geheimnisschutz in Planungsverfahren

Handlungsbedarf sieht der BDEW außerdem bei Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Zulassungsverfahren. Auch bei öffentlichen Ausschreibungen sieht der BDEW ein Spannungsverhältnis zwischen Transparenz und Sicherheit. Dort würden regelmäßig Unterlagen mit hohem Detailgrad öffentlich ausgelegt oder über Internetportale bereitgestellt.

Insgesamt fordert der BDEW, bestehende Transparenzpflichten an die veränderte Sicherheitslage anzupassen. Neue Veröffentlichungspflichten sollten bereits bei ihrer Einführung auf mögliche Auswirkungen auf die Sicherheit kritischer Infrastrukturen geprüft werden. Transparenz müsse aus Sicht des Verbands fortlaufend mit Sicherheitsinteressen abgeglichen werden. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Jacques Tarnero

Bundesrat stimmt über „Südquote“ ab

WINDKRAFT . Zustimmung im Umweltausschuss, Ablehnung im Wirtschaftsausschuss: Die Forderung nach einer Südquote für Windkraftausschreibungen kommt im Plenum der Länderkammer zur Abstimmung.

„Die Grünen passen nicht zu Bayern“ – die Ansage des bayerischen Ministerpräsidenten im vergangenen Landtagswahlkampf hindert seinen Wirtschaftsminister nicht daran, jetzt jenseits der Freistaatsgrenzen Nähe zu der Ökopartei zu suchen. Gemeinsam mit der baden-württembergischen Umwelt- und Energieministerin Thekla Walker (Grüne) macht sich Hubert Aiwanger (Freie Wähler) dafür stark, die Bedingungen für Windenergie im Süden Deutschlands zu verbessern, wie es in einer Mitteilung der beiden Ministerien heißt.

Walker und Aiwanger haben im Verbund Anträge in den Bundesrat eingebracht. Im Umweltausschuss fanden ihre Forderungen eine Mehrheit. Der Wirtschaftsausschuss der Länderkammer hingegen lehnte Kernpunkte ab. „Da die gemeinsamen Anträge im Umweltausschuss mehrheitsfähig waren, erreichen sie trotz des anderslautenden Votums im Wirtschaftsausschuss den Bundesrat als Ganzes“, erklärt der Sprecher des Umweltministeriums in Baden-Württemberg. „Am 25. September werden die Empfehlungen der Ausschüsse (mit den angenommenen Anträgen) im Plenum des Bundesrates abgestimmt.“

Knackpunkte: Südquote und Korrekturfaktoren

Die beiden Länder schlagen vor, das jährliche Ausschreibungsvolumen für Windenergie an Land von 2027 bis 2032 auf jeweils 15.000 MW festzulegen. Zusätzlich soll zum 1. April 2027 eine Sonderausschreibung über 5.000 MW durchgeführt werden. Damit sollen genehmigte und weit fortgeschrittene Projekte schneller eine Realisierungsperspektive erhalten.

Darüber hinaus sollen die Korrekturfaktoren im Referenzertragsmodell für windschwächere Standorte angehoben werden. Bayern und Baden-Württemberg wollen einen Faktor von 1,80 bei 50 Prozent Standortgüte und 1,54 bei 60 Prozent Standortgüte. Das Modell berücksichtige die unterschiedlichen Windverhältnisse an den Standorten bei der Vergütung beziehungsweise bei den Ausschreibungen, heißt es aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium.

Zudem schwebt Aiwanger und Walker ein eigenständiges Ausschreibungssegment für die Südregion vor – die sogenannte Südquote. Dafür sollen mindestens 20 Prozent des jeweiligen Ausschreibungsvolumens reserviert werden. Nach Auffassung von Bayern und Baden-Württemberg soll damit ein regional ausgewogener Ausbau der Windenergie ermöglicht werden.

„Südquote“ im Wirtschaftsausschuss durchgefallen

Im Umweltausschuss des Bundesrates erhielten alle Punkte eine Mehrheit. Im Wirtschaftsausschuss stießen allein die Forderungen nach höheren und zusätzlichen Ausschreibungsvolumina für Windenergie an Land mehrheitlich auf Zustimmung. Keine Mehrheit gab es für das separate Ausschreibungssegment für die Südregion und die höheren Korrekturfaktoren im Referenzertragsmodell.

„Gut, dass unsere Forderungen über den Umweltausschuss trotzdem ins Bundesratsplenum kommen“, freut sich Bayerns Wirtschaftsminister in einer Mitteilung seines Hauses. Eine Ministeriumssprecherin betont gegenüber E&M: „Dass die Anträge im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats keine Mehrheit gefunden haben, ändert aus unserer Sicht nichts am fachlichen Handlungsbedarf. Genehmigte Windenergieprojekte in Süddeutschland brauchen faire Zuschlagschancen, damit der Ausbau nicht einseitig auf windstarke Küstenstandorte konzentriert wird.“ Bayern werde sich „deshalb gemeinsam mit Baden-Württemberg weiterhin für bessere Wettbewerbsbedingungen für Windenergieprojekte in der Südregion einsetzen“.

Die Aiwangers Bündnispartnerin bei den Grünen erklärt, dass ein gezielter Ausbau der Windkraft im Süden die Netzausbaukosten insgesamt senken würde. „Die Mehrheit im Umweltausschuss des Bundesrats hat diesen Vorteil für das Gesamtsystem Strom erkannt. Sie unterstützen unsere Forderung, 20 Prozent der Ausschreibungsmengen nach EEG für Wind an Land für den Süden vorzusehen“, so Walker. Eine solche Südquote sei europarechtlich möglich, sagt sie und verweist auf ein aktuelles Rechtsgutachten der Landesverbände der Erneuerbaren-Branche in Baden-Württemberg und Bayern (wir berichteten).

Hubert Aiwanger hatte den Bund bereits im Jahr 2022 aufgefordert, die sogenannte „Südquote“ für Windkraft an Land und Biomasse bei der Europäischen Union durchzusetzen. Damals waren im EEG zunächst 15 Prozent für 2022/2023 und 20 Prozent ab 2024 vorgesehen. Die Regelung trat wegen der ausstehenden beihilferechtlichen Genehmigung der EU nicht in Kraft. (mf) // **VON MANFRED FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

LNG-Lieferungen aus den VAE vereinbart



Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

GAS. Die VAE-Unternehmen Adnoc, XRG und Masdar haben mit deutschen Unternehmen neue Abkommen zu LNG, Ammoniak und Technologietransfers geschlossen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wollen ihre Zusammenarbeit mit Deutschland in den Bereichen Energie, Industrie und Technologie ausbauen. Dazu haben Adnoc, XRG und Masdar während des Staatsbesuchs des emiratischen Präsidenten Mohamed bin Zayed Al Nahyan in Deutschland mehrere Vereinbarungen mit deutschen Unternehmen unterzeichnet. Die Abkommen könnten laut den beteiligten Unternehmen Investitionen von mehr als fünf Milliarden Euro in Deutschland ermöglichen.

Die Vereinbarungen betreffen unter anderem Flüssigerdgas (LNG), Erdgas, erneuerbare Energien, kohlenstoffarmes Ammoniak, Chemieprodukte sowie Technologien und künstliche Intelligenz (KI). Beteiligt sind unter anderem RWE, Securing Energy for Europe (Seife), MB Energy, Covestro, Siemens und Bosch.

Die Vereinbarungen stehen im Zusammenhang mit der Ankündigung der VAE, langfristig 40 Milliarden Euro in Deutschland investieren zu wollen. Die emiratische Regierung will damit nach eigenen Angaben den Aufbau von Industrie und weiteren Zukunftsbranchen unterstützen. Parallel wurde der Emiratisch-Deutsche Investitionsrat gegründet. Er soll Regierungen, Kapitalgeber und Unternehmen zusammenbringen, Investitionshemmnisse abbauen und Investitionen in prioritären Sektoren fördern.

LNG-Verträge mit RWE

Der staatliche Energiekonzern Abu Dhabi National Oil Company (Adnoc) und die RWE Supply & Trading GmbH, die Energiehandelsgesellschaft des deutschen Energiekonzerns RWE, haben eine Absichtserklärung zur Ausarbeitung von bis zu zwei langfristigen LNG-Kaufverträgen unterzeichnet. Die Vereinbarung baut auf einer strategischen Kooperation vom Februar 2026 auf.

Adnoc und RWE wollen LNG aus dem wachsenden Portfolio von Adnoc Gas und XRG nach Deutschland, Europa und Asien liefern. Als Quellen nennt Adnoc unter anderem die Projekte Ruwais und DAS sowie Vorhaben in Rio Grande, Mosambik und Argentinien. Die Lieferungen sollen Anfang der 2030er Jahre beginnen.

Zusätzlich haben Adnoc, XRG und SEFE eine Absichtserklärung unterzeichnet, um mögliche Kooperationen entlang der Erdgas- und LNG-Wertschöpfungskette zu prüfen. Dabei geht es um Gasversorgung, Infrastruktur, Logistik und die Optimierung von Portfolios.

Ammoniak und Chemie im Fokus

Covestro, der in Leverkusen ansässige Chemiekonzern, und die Unternehmen Fertiglobe und MB Energy wollen eine Zusammenarbeit für kohlenstoffarme Ammoniaklieferketten nach Deutschland prüfen. Eine weitere Vereinbarung betrifft Covestro und Taziz, ein Industrieunternehmen aus Abu Dhabi. Die Partner wollen ihre Machbarkeitsstudie für eine internationale Wertschöpfungskette für Methyldiphenyldiisocyanat (MDI) in Ruwais fortsetzen.

Die Studie baut auf einer ersten Vereinbarung vom Juni 2026 auf. Nach Abschluss der Untersuchung und vorbehaltlich notwendiger Genehmigungen wollen die Unternehmen über die nächste Projektphase entscheiden. Ziel ist eine endgültige Investitionsentscheidung, die einen Produktionsstart Anfang der 2030er Jahre ermöglichen könnte.

XRG, die internationale Energie- und Industrieplattform von Adnoc, hatte im vergangenen Jahr die Übernahme von Covestro abgeschlossen. Nach Angaben von Adnoc und seinen Partnern beläuft sich die Investition auf 14 Milliarden Euro. Allerdings behinderten strenge Klimaschutzvorgaben der EU die Importe, fürchtet Rainer Seele. Der Präsident Global Chemicals bei XRG und Aufsichtsratschef des deutschen Chemiekonzerns Covestro, sagte: „Mit der EU-Methanverordnung schneidet sich die EU selbst von relevanten Bezugsquellen ab.“

Technologie und KI als weiterer Schwerpunkt

Adnoc hat zudem Kooperationsvereinbarungen mit Bosch Middle East, Siemens Energy und Siemens Industrial geschlossen. Die Unternehmen wollen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit bei fortgeschrittenen Technologien und KI untersuchen.

Die neuen Vereinbarungen knüpfen nach Angaben von Adnoc, XRG und Masdar an bereits getätigte Investitionen von mehr als 20 Milliarden Euro in den deutschen Energie- und Industriesektor an. Dazu zählen LNG-Lieferverträge von Adnoc für den deutschen Markt mit einem Volumen von 1,6 Millionen

Tonnen LNG pro Jahr. Damit könne Gas zur Versorgung von mehr als 3,5 Millionen Haushalten bereitgestellt werden. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

BSH warnt vor Konflikten durch Gasplattform



Quelle: Shutterstock / Red ivory

GAS. One-Dyas hat eine weitere Gasförderplattform nahe Borkum beantragt. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie sieht Konflikte mit der Schifffahrt, so die Deutsche Umwelthilfe.

Der niederländische Öl- und Gaskonzern One-Dyas hat bei den zuständigen Behörden die Erschließung der Gasfelder N04-A und N04-C in der Nordsee beantragt. Geplant sind eine weitere Förderplattform und eine Pipeline zur bereits errichteten Plattform N05-A vor Borkum. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert das Vorhaben und beruft sich dabei auf eine Stellungnahme des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).

Diese Bundesoberbehörde ist unter anderem für die deutsche Meeresraumplanung zuständig. Nach Angaben der DUH bewertet das Amt den geplanten Standort der neuen Plattform kritisch. Dieser liegt auf niederländischem Gebiet rund 650 Meter von der deutschen Grenze entfernt. Nach Darstellung der DUH grenzt auf deutscher Seite das Meeresschutzgebiet Borkum Riffgrund an.

Plattform in Schifffahrtsroute

Laut der dem BSH zugeschriebenen Stellungnahme soll die Plattform im Mittelstreifen einer Hauptschifffahrtsroute entstehen. Das BSH halte einen solchen Standort mit Blick auf die Sicherheit der Schifffahrt für „nicht geeignet“, teilte die DUH mit. Auch mit dem deutschen Raumordnungsplan für die ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) sieht das BSH demnach Konflikte.

Bei einer grenzüberschreitend kohärenten Planung sei das Vorhaben nur „begrenzt vereinbar“. Betroffen seien insbesondere die Vorrangstellung der Schifffahrt, der Offshore-Ausbau erneuerbarer Energien und der Meeresnaturschutz. Auch das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen und klimafreundlichen Entwicklung der Meeresgebiete könne der geplanten Infrastruktur entgegenstehen.

Die DUH verweist zudem auf die Risikobewertung der bereits bestehenden Plattform N05-A. Nach dem von One-Dyas verwendeten Risikomodell liegt die Wahrscheinlichkeit einer Kollision mit einem Schiff während der vorgesehenen Betriebszeit demnach bei rund 30 Prozent. Die Plattform N05-A befindet sich laut DUH allerdings nicht in einer Hauptschifffahrtsroute.

Ablehnung der Plattform gefordert

Die Umweltorganisation fordert die zuständigen Behörden in Deutschland und den Niederlanden auf, den Antrag abzulehnen. Nach Angaben der DUH liegt er sowohl bei den niederländischen Behörden als auch beim deutschen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vor. Das LBEG mit Sitz in Hannover ist die zuständige Bergbehörde des Landes Niedersachsen und unter anderem für die Genehmigung von Vorhaben zur Gewinnung von Rohstoffen zuständig.

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, erklärte: „Die geplante Plattform gefährde neben der Meeresumwelt auch die Sicherheit der Schifffahrt“. Müller-Kraenner verwies dabei auf das Meeresschutzgebiet Borkum Riffgrund, das ein Rückzugsort für Schweinswale sei. Die DUH fordert

außerdem, dass der Bundestag das neue Meeresschutzgesetz beschließt und neue Öl- und Gasprojekte in Nord- und Ostsee untersagt.

Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz der DUH, bezeichnete die Plattform N05-A als Ausgangspunkt weiterer Gasförderprojekte von One-Dyas. Nach Darstellung der Umweltorganisation plant das Unternehmen zusätzliche Bohrplattformen in der Nordsee. Zerger forderte sowohl die niederländischen Behörden als auch das LBEG auf, den neuen Antrag abzulehnen. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

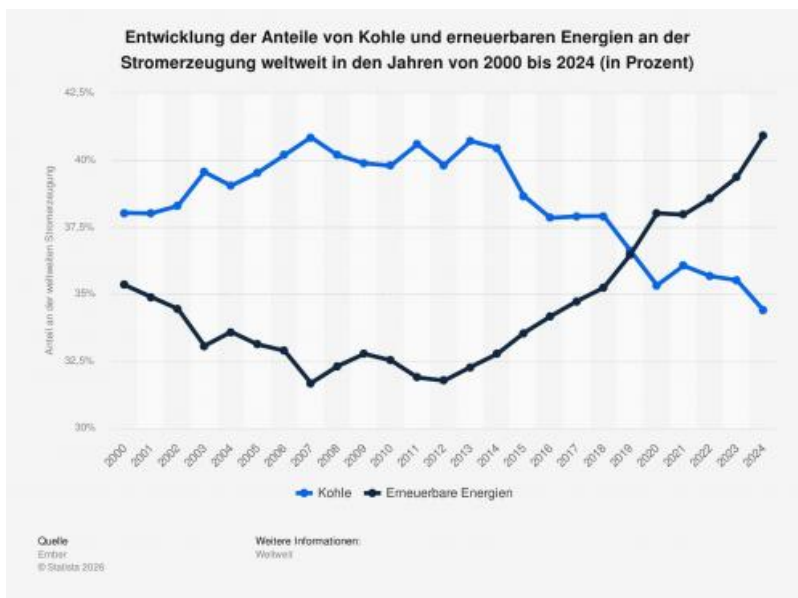
[^ Zum Inhalt](#)

Anteil von Kohle und erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung weltweit von 2000 bis 2024



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2024 wurden rund 34,4 Prozent der globalen Strommenge von Kohlekraftwerken und rund 40,9 Prozent von erneuerbaren Energien produziert. 2020 wurde erstmals mehr Strom aus erneuerbaren Energien als aus Kohle produziert. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / Thampapon

RWE prüft Offshore-Wind-Projekte mit Masdar

WINDKRAFT . RWE und Unternehmen aus den VAE wollen bei Offshore-Wind und LNG enger zusammenarbeiten. Im Fokus stehen Ausschreibungen in Deutschland und künftige Lieferverträge.

Die RWE AG mit Sitz in Essen und Aktivitäten in der Stromerzeugung und im Energiehandel hat mit zwei Partnern aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) Vereinbarungen zur Vertiefung der Zusammenarbeit geschlossen.

RWE und Masdar unterzeichneten ein Memorandum of Understanding (MoU) für eine mögliche gemeinsame Teilnahme an deutschen Offshore-Wind-Ausschreibungen im Jahr 2027. Mit dem Energiekonzern Adnoc vereinbarte RWE zudem weitere Gespräche über langfristige Lieferungen von Flüssigerdgas (LNG) nach Deutschland und Europa.

Die Vereinbarungen wurden laut RWE am Rande des Staatsbesuchs von Scheich Mohamed bin Zayed Al Nahyan, Präsident der VAE, in Deutschland unterzeichnet. Sie sollen die Zusammenarbeit zwischen deutschen und emiratischen Unternehmen im Energiesektor ausbauen. Dabei geht es sowohl um den Ausbau erneuerbarer Energien als auch um die Absicherung der Energieversorgung.

Milliardeninvestitionen in Offshore-Wind

Im Rahmen des MoU wollen RWE und Masdar eine gemeinsame Beteiligung an den deutschen Offshore-Wind-Ausschreibungen 2027 prüfen. Laut RWE könnte das damit verbundene Investitionsvolumen mehr als drei Milliarden Euro betragen. Konkrete Projekte haben die Unternehmen mit der Vereinbarung noch nicht festgelegt.

Masdar mit Sitz in Abu Dhabi ist ein staatlich geprägtes Unternehmen der VAE, das auf erneuerbare Energien und saubere Technologien spezialisiert ist. Die Partnerschaft mit RWE besteht bereits seit mehr als einem Jahrzehnt. Gemeinsam betreiben und entwickeln die Unternehmen Offshore-Windprojekte in Großbritannien mit einer Gesamtkapazität von 3.600 MW.

Dazu gehört der Offshore-Windpark London Array, der seit 2013 in Betrieb ist und über eine Leistung von

mehr als 600 MW verfügt. Weitere gemeinsame Vorhaben sind die Projekte Dogger Bank South East und West mit einer Gesamtkapazität von 3.000 MW. RWE und Masdar erhielten dafür Anfang 2026 im Rahmen der britischen Ausschreibungsrunde „Allocation Round 7“ sogenannte Contracts for Difference (CfD).

Mit der geplanten Zusammenarbeit in Deutschland wollen beide Unternehmen ihre Erfahrungen aus dem britischen Offshore-Wind-Markt nutzen. RWE-Chef Markus Krebber sagte, Deutschland biete „erhebliches Potenzial“ für Offshore-Wind. „Starke Partnerschaften sind erforderlich, um dieses Potenzial in konkrete Projekte umzusetzen“, sagte Krebber.

Masdar-Chef Mohamed Jameel Al Ramahi verwies auf die Erfahrungen des Unternehmens mit Offshore-Windprojekten in Großbritannien und Europa. Die Zusammenarbeit mit RWE verbinde unterschiedliche Erfahrungen und einen gemeinsamen Fokus auf die Umsetzung neuer Projekte, erklärte er.

LNG-Gespräche mit Adnoc

Parallel dazu haben RWE Supply & Trading und Adnoc einen Letter of Intent (LoI) unterzeichnet. Die Unternehmen wollen demnach die Bedingungen für bis zu zwei langfristige LNG-Lieferverträge prüfen. Die Lieferungen könnten Deutschland sowie weitere Märkte in Europa und Asien versorgen (Wir berichteten).

Adnoc mit Sitz in Abu Dhabi ist der staatliche Öl- und Gaskonzern der VAE. Das LNG-Angebot soll laut RWE aus dem wachsenden Portfolio von Adnoc Gas und XRG stammen. Genannt werden unter anderem Projekte in Ruwais und Das sowie Vorhaben in Rio Grande, Mosambik und Argentinien.

Offshore-Wind und LNG als Ergänzung

Die VAE sehen sowohl Offshore-Wind als auch LNG als Bestandteile des künftigen deutschen Energiesystems. Industrieminister und Adnoc-Chef Sultan Ahmed Al Jaber verwies auf die Absicht der VAE, zusätzlich 40 Milliarden Euro in Deutschland zu investieren. Die beiden Vereinbarungen vertieften nach seinen Angaben die Partnerschaft mit RWE.

RWE und Masdar hatten bereits 2022 vereinbart, eine Zusammenarbeit bei Offshore-Windprojekten in wichtigen Märkten weltweit zu prüfen. Daraus entstand unter anderem die Beteiligung von Masdar an den beiden Dogger-Bank-South-Projekten.

Mit den aktuellen Vereinbarungen weiten die Partner ihre Zusammenarbeit nun auf den deutschen Offshore-Wind-Markt und mögliche langfristige LNG-Lieferungen aus. Für die Offshore-Wind-Ausschreibungen 2027 und die LNG-Verträge stehen zunächst weitere Prüfungen und Verhandlungen an. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Windindustrie erwartet weniger Aufträge



Quelle: Shutterstock / Jacques Tarnero

WINDKRAFT. In weniger Betrieben wird einer Umfrage zufolge mit steigenden Aufträgen gerechnet. Das teilt die IG Metall Küste mit.

Einer Gewerkschaftsbefragung zufolge erwartet die Windindustrie eine schwächere Auftragsentwicklung. Rechneten im vergangenen Jahr nahezu 60 Prozent der befragten Betriebsräte mit steigenden Aufträgen, sank der Wert für 2026 auf unter 20 Prozent. Das teilte die für Norddeutschland zuständige Industriegewerkschaft (IG) Metall Küste mit.

Die Gewerkschafter erwarten zudem, dass die Auslastung in den Betrieben in den nächsten zwei Jahren sinken wird. Derzeit ist die Auslastung der Unternehmen der Umfrage zufolge hoch: Sie liegt bei 95 Prozent. Im Vorjahresvergleich entspricht das einem Anstieg um vier Prozentpunkte.

An der Umfrage des Beratungsunternehmens WMP Consult haben sich Betriebsräte aus 34 Betrieben beteiligt, die im On- und Offshore-Bereich tätig sind, wie die Gewerkschaft mitteilte. Den Angaben der IG Metall zufolge arbeiten in den Betrieben rund 27.700 Arbeitnehmer.

Die IG Metall machte Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) für den in der Befragung festgestellten Stimmungsumschwung verantwortlich. „Nach der Altmaier-Delle droht jetzt der Reiche-Absturz“, sagte Bezirksleiter Daniel Friedrich. Die Ergebnisse seien eine Warnung an die Bundesregierung. Es drohten Auftragseinbrüche und ein Stellenabbau.

Das Bundeskabinett hatte Ende Juli eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen und das sogenannte Netzanschlusspaket. Die Gesetze sollen die staatliche Förderung reduzieren und so Stromkosten senken. Ein Streitpunkt ist, dass Entschädigungen teils entfallen sollen, wenn das Netz keinen überschüssigen Strom aus etwa Windparks aufnehmen kann.

Kritik an den Plänen äußerte auch die Präsidentin des Bundesverbands Windenergie, Bärbel Heidebroek, die vor einem Rückschritt warnte. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Finanzierung für Offshore-Windpark Gennaker steht



Quelle: Shutterstock

WINDKRAFT. Die Finanzierungsvereinbarungen für das Windparkprojekt Gennaker sind abgeschlossen. Skyborn Renewables und die Stadtwerke München wollen den Park im Jahr 2028 ans Netz bringen.

Der geplante Offshore-Windpark Gennaker soll gut 15 Kilometer nördlich der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst in der deutschen Ostsee entstehen und im Endausbau eine Leistung von 976,5 MW haben. Alle wesentlichen Verträge und Finanzierungsvereinbarungen sind nun abgeschlossen, teilte der Projektentwickler und Betreiber Skyborn am 14. September mit. Der Park soll im Jahr 2028 den kommerziellen Betrieb aufnehmen. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf mehr als 3 Milliarden Euro. Vorgesehen sind 63 Windenergieanlagen mit einer Leistung von jeweils 15 MW.

Projektentwickler und Betreiber Skyborn hatte im Juni dieses Jahres mit den Stadtwerken München (SWM) eine strategische Partnerschaft geschlossen, um Gennaker entwickeln und errichten zu können. Die Stadtwerke München sind mit 25 Prozent am Projekt beteiligt.

Mit dem „Financial Close sind sämtliche wesentlichen Projekt- und Finanzierungsverträge verbindlich abgeschlossen und wirksam“, teilte Skyborn weiter mit. Dazu zählen die Fremd- und Eigenkapitalfinanzierung, Stromabnahmeverträge (Power Purchase Agreements), strategische Partnerschaften sowie zentrale Liefer- und Installationsverträge. Mit dem Abschluss aller wesentlichen Projektvereinbarungen geht Gennaker nun in die Realisierungsphase über.

Uniper hat Ende Juni 2026 mit dem Projektentwickler Skyborn einen langfristigen Stromabnahmevertrag (Power Purchase Agreement, PPA) in Höhe von 100 MW für den Offshore-Windpark Gennaker in der deutschen Ostsee geschlossen. Zuvor hatte sich Amazon einen PPA-Vertrag über eine Leistung von 600 MW unterzeichnet. Diese Vereinbarungen sollen einen wesentlichen Teil der künftigen Stromproduktion durch langfristig gesicherte Erlöse absichern. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Landkreis Spree-Neiße baut Wasserstoffsystem auf



Wasserstoffbusse bekommen
Betankungsinfrastruktur Quelle: KI-GPT

BRANDENBURG. Der Landkreis Spree-Neiße (Brandenburg) setzt auf Wasserstoffbusse und Brennstoffzellenfahrzeuge und baut dafür Tankstellen sowie eine eigene Erzeugungsanlage auf.

Der Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa baut eine Wasserstoff-Infrastruktur für seine kommunale Mobilität auf. Insgesamt 35 Wasserstoffbusse und zwei Abfallsammelfahrzeuge mit Brennstoffzellenantrieb hat der Landkreis bereits beschafft. Für die Fahrzeuge und den Aufbau der Infrastruktur stehen Fördermittel des Bundesverkehrsministeriums in Höhe von insgesamt 13,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Die neuen Fahrzeuge sollen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und in der kommunalen Abfallwirtschaft eingesetzt werden. Parallel zur Fahrzeugbeschaffung entsteht ein Versorgungssystem, das Erzeugung, Speicherung, Logistik und Betankung von erneuerbarem Wasserstoff miteinander verbindet. Das Vorhaben soll den CO₂-Ausstoß der kommunalen Mobilität senken und zugleich einen Beitrag zum Aufbau eines regionalen Wasserstoff-Clusters in der Lausitz leisten.

Zentrale Wasserstoffanlage in Forst

Das zentrale Wasserstoffprojekt des Landkreises entsteht in Forst (Lausitz)/Barsc (Luzycy). Nach einer europaweiten Ausschreibung erhielt die EMB Energie Brandenburg GmbH den Auftrag für Planung, Errichtung und Betrieb der stationären Wasserstofftankinfrastruktur. Das Unternehmen gehört zur Gasag-Gruppe und ist in Brandenburg im Energiegeschäft tätig.

Geplant sind ein Elektrolyseur mit einer Leistung von fünf MW, Wasserstoffspeicher, Verdichtungstechnik und eine Tankstelle. Der Elektrolyseur soll den Wasserstoff vor Ort aus erneuerbaren Energien erzeugen. Nach Angaben des Landkreises soll der eingesetzte Wasserstoff als erneuerbarer Kraftstoff nicht biogenen Ursprungs (RFNBO) zertifiziert sein.

Damit will der Landkreis einen Teil der Versorgung selbst aufbauen und die Abhängigkeit von extern bezogenem Wasserstoff verringern. Für die Errichtung der Anlage ist eine Förderung über das Investitionsgesetz Kohleregion vorgesehen. Die interministerielle Arbeitsgruppe hat die Förderung befürwortet, der Antrag wurde bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg eingereicht.

Zwei mobile Tankstellen im Kreis

Ergänzend zur stationären Anlage in Forst soll eine mobile Tankinfrastruktur an zwei weiteren Standorten entstehen. Mit der Umsetzung der beiden mobilen Tankstellen beauftragte der Landkreis nach einer europaweiten Ausschreibung die „FPS.Energy GmbH“ (Fuel & Power Supply). Das Unternehmen soll für den Betrieb der Fahrzeuge ausschließlich RFNBO-zertifizierten erneuerbaren Wasserstoff bereitstellen.

Nach Angaben des Geschäftsführers Leander Hoffmann arbeiten das Unternehmen, lokale Dienstleister, Behörden und weitere Projektpartner derzeit an der Realisierung der beiden Standorte. Ziel sei es, kurzfristig eine zuverlässige Wasserstoffversorgung für die neuen Busse und Abfallsammelfahrzeuge aufzubauen.

Fahrzeuge und Erzeugung verknüpft

Landrat Martin Heusler sieht in der Kombination aus Fahrzeugbeschaffung und Infrastruktur einen Beitrag zur Gestaltung des Strukturwandels in der Region. Mit den 35 Wasserstoffbussen und zwei Abfallsammelfahrzeugen sowie der eigenen Tankinfrastruktur etabliere der Landkreis eine Schlüsseltechnologie und stärke damit langfristig die Innovationskraft der Region, erklärte Heusler.

Auch die regionale Erzeugung ist Bestandteil des Konzepts. Leif Christian Cropp, Vorsitzender der Geschäftsführung der EMB Energie Brandenburg GmbH, verwies darauf, dass das Projekt in Forst nicht auf den Bau einer Tankstelle beschränkt sei. Mit dem Elektrolyseur werde der Kraftstoff aus erneuerbaren Energien vor Ort erzeugt.

Der Landkreis setzt damit auf ein integriertes System aus Fahrzeugen, Tankstellen und Wasserstofferzeugung. Neben dem Aufbau der eigenen Infrastruktur soll das Vorhaben bestehende Wasserstoff-Aktivitäten in der Lausitz ergänzen. Bereits in Cottbus/Chosebuz sind Wasserstoffbusse im Einsatz.

Für Spree-Neiße bedeutet das Projekt zugleich eine Ausweitung der Wasserstoff-Mobilität auf weitere kommunale Anwendungen. Neben dem ÖPNV wird auch die Abfallentsorgung auf Brennstoffzellenfahrzeuge umgestellt. Mit der Kombination aus regionaler Erzeugung und mehreren Betankungsstandorten soll die Versorgung der Fahrzeuge im Landkreis langfristig abgesichert werden. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Quelle: Shutterstock / NicoElNino

Ista forciert Automation bei der Datenabrechnung

IT. Das Abrechnungsunternehmen Ista hat erstmals den neuen Schnittstellenstandard des Bundesverbands für Energie- und Wasserdatenmanagement in der Praxis umgesetzt.

Immobilienverwaltungen sollen Daten für die Heizkostenabrechnung künftig direkt aus ihrer ERP-Software an Ista übermitteln können. Der Essener Immobiliendienstleister hat dafür erstmals seinen Data Hub nach dem neuen Schnittstellenstandard des Bundesverbands für Energie- und Wasserdatenmanagement (BVED) mit einer solchen Software verbunden. Partner der ersten Umsetzung ist der Münchner ERP-Softwareanbieter Impower, teilte Ista mit.

ERP-Software (Enterprise Resource Planning) dient Unternehmen dazu, zentrale Geschäfts- und Verwaltungsdaten in einem System zu verwalten. Nach Angaben von Ista handelt es sich bei der Anbindung von Impower um die erste praktische Umsetzung des neuen branchenweiten BVED-Standards.

Dieser definiert einheitliche Programmierschnittstellen (API) für den automatisierten Datenaustausch. Damit können unterschiedliche ERP-Systeme der Immobilienwirtschaft nach demselben technischen Verfahren mit Dienstleistern wie Ista kommunizieren. Weitere Softwareanbieter können ihre Systeme laut Ista ebenfalls auf Grundlage des BVED-Standards an den Data Hub anbinden.

Bei der jetzt realisierten Integration können Immobilienverwaltungen für die Heizkostenabrechnung in ihrer gewohnten ERP-Software bleiben. Stammdaten, Nutzerwechsel und Liegenschaftsdaten werden automatisch an Ista übertragen. Sind die erforderlichen Informationen vollständig, erstellt Ista die Abrechnung und übermittelt das Ergebnis zurück an das ERP-System. Auch Hinweise auf notwendigen Korrekturbedarf werden dort angezeigt.

Weitere ERP-Systeme

Bisher erforderliche Exporte und Uploads von Dateien sowie doppelte Dateneingaben sollen dadurch entfallen. Ista beziffert die mögliche Verringerung des manuellen Aufwands auf bis zu 95 Prozent.

„Mit der Integration zeigen wir, welches Potenzial im automatischen Datenaustausch steckt. Für

Immobilienverwaltungen bedeutet das weniger Verwaltungsaufwand, schnellere Prozesse und eine spürbare Entlastung im Tagesgeschäft“, sagte Ista-Produktmanager Jonas Kwaschik.

Die Anbindung ist nicht auf Impower beschränkt. Nach Angaben von Ista arbeitet das Unternehmen bereits mit weiteren Softwareanbietern daran, deren ERP-Systeme über den BVED-Standard mit dem Data Hub zu verbinden. Ziel sei es, den automatisierten Datenaustausch für einen größeren Teil des ERP-Marktes der Immobilienwirtschaft verfügbar zu machen.

Bereits 2027 sollen nach den Planungen von Ista viele Immobilienverwaltungen die Heizperiode 2026 auf Basis vollautomatischer Datenaustauschprozesse abrechnen können. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

PPC erhält EEBUS-Zertifizierung



Quelle: Shutterstock / JPC-PROD

SMART METER. Power Plus Communications hat seinen CLS Adapter Steuerung 2.0 nach dem neuen EEBUS-Verfahren zertifizieren lassen. Geprüft werden Anwendungen für §14a EnWG und §9 EEG.

Der Mannheimer Smart-Meter-Gateway-Hersteller Power Plus Communications (PPC) hat nach eigenen Angaben als erster Anbieter die neue EEBUS-Zertifizierung abgeschlossen. Zertifiziert wurde der CLS Adapter Steuerung 2.0 mit der Firmware-Version 3.0.0. Die Prüfung erfolgte im unabhängigen EEBUS Living Lab in Köln. Das Zertifikat wird von der EEBUSservice GmbH als offizieller Zertifizierungsstelle ausgestellt.

Das Verfahren ist erst im Juli dieses Jahres offiziell gestartet worden und geht über die bisherigen Pilot-Qualifizierungen hinaus. Während dort vor allem einzelne Anwendungsfälle getestet wurden, umfasst die Zertifizierung auch die Umsetzung des EEBUS-Protokolls, das standardisierte Datenmodell sowie die automatisierte Kopplung von Geräten über den SHIP Pairing Service. Damit soll nachgewiesen werden, dass Geräte verschiedener Hersteller innerhalb einer EEBUS-Infrastruktur interoperabel zusammenarbeiten können.

Beim PPC-Adapter umfasst die Prüfung nach Unternehmensangaben insbesondere die EEBUS-Anwendungsfälle LPC und LPP. LPC steht für „Limitation of Power Consumption“ und dient der Begrenzung des Strombezugs steuerbarer Verbrauchseinrichtungen nach § 14a EnWG. LPP steht für „Limitation of Power Production“ und ist für die Begrenzung der Einspeiseleistung von Erzeugungsanlagen nach § 9 EEG vorgesehen.

Für den Steuerungsrollout ist dies vor allem mit Blick auf die digitale Verbindung zwischen Steuerungseinrichtung und Kundenanlage relevant. VDE FNN sieht digitale Schnittstellen wie EEBUS als Zielbild; Relaiskontakte bleiben allerdings für die Steuerung von Bestandsanlagen weiter von Bedeutung.

PPC hatte seinen CLS Adapter bereits zuvor mit Geräten verschiedener Hersteller auf EEBUS-Interoperabilität getestet. Nach Angaben des Unternehmens sollen nun auch das SMGWplus zur integrierten Steuerung direkt aus dem Smart-Meter-Gateway sowie der gemeinsam mit Weidmüller entwickelte EEBUS-Relais-Converter das neue Zertifizierungsverfahren durchlaufen. Der Converter übersetzt digitale EEBUS-Befehle in Relais-signale und soll so auch die Anbindung von Anlagen ohne digitale Schnittstelle ermöglichen. (fw) // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Pixabay / Mohamed Hassan

Stadtwerke Wunsiedel beteiligen sich an SE-Trade

BETEILIGUNG. Die Stadtwerke Wunsiedel beteiligen sich über ihre Gesellschaft Zenergie GmbH an dem Energiehandelsunternehmen SE-Trade.

Die Stadtwerke Wunsiedel (SWW) in Bayern bauen ihr Geschäft mit der regionalen Energieversorgung aus. Über ihre Tochter Zenergie beteiligen sie sich an der SE-Trade GmbH. Die Beteiligung soll insbesondere die energiewirtschaftliche Abwicklung des geplanten Regionalwerks ermöglichen.

Die SE-Trade mit Sitz in München erhält dadurch 5 Millionen Euro zusätzliches Kapital, heißt es in einer Mitteilung. Mehrheitseignerin bleibt die Vispiron GmbH. Zur Höhe des Anteils von Zenergie macht SE-Trade keine Angaben.

Die Zenergie GmbH ist eine 2024 gegründete Tochter der Stadtwerke Wunsiedel, die zu 95,1 Prozent den SWW und zu 4,9 Prozent der Zukunftsenergie Nordostbayern gehört. Sie soll vor allem regional erzeugten Strom vermarkten und die lokale Energieversorgung in Nordostbayern organisieren. Geschäftsführer ist SWW-Geschäftsführer Marco Krasser.

Die Beteiligung an SE-Trade steht im Zusammenhang mit dem von den SWW entwickelten Konzept eines Regionalwerks. Dabei sollen regional vorhandene Erzeugungsanlagen, Speicher und Verbraucher gemeinsam bewirtschaftet werden. SE-Trade stellt dafür die notwendigen energiewirtschaftlichen Dienstleistungen bereit. Dazu gehören Strombeschaffung und -vermarktung, Viertelstundenprognosen, Bilanzkreisführung und Abrechnung.

Nach eigenen Angaben bewirtschaftet SE-Trade derzeit mehr als 350 MW Photovoltaik, 100 MW Windkraft, Speicher mit 100 MWh Kapazität und mehr als 40 Schnellladestationen. Das gehandelte Stromvolumen gibt das Unternehmen mit jährlich 850 Millionen kWh an. Im Jahr 2025 erzielte SE-Trade einen Umsatz von 60 Millionen Euro.

Für die SWW besteht ein Zweck der Beteiligung darin, die für das Regionalwerk erforderlichen Handels- und Abwicklungsprozesse nicht selbst aufbauen zu müssen. Zugleich kann Zenergie an der Weiterentwicklung der Plattform mitwirken. „Erst wenn Erzeugung, Verbrauch und Netzsituation vor Ort in die Marktentscheidung einfließen, entstehen stabile Preise und ein entlastetes Netz“, erklärte Krasser.

Das Regionalwerk soll nicht auf Wunsiedel beschränkt bleiben. Auch andere kommunale Versorger sollen die SE-Trade-Plattform unter eigener Marke einsetzen können. Die Kundenbeziehung und Preisgestaltung verbleiben dabei beim jeweiligen Stadtwerk, während SE-Trade die energiewirtschaftlichen Prozesse im Hintergrund übernimmt. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Wemag kauft sich bei Wärmepumpen-Installateur ein



Kyrill Nussbaum (l.), Geschäftsführer von 360 Volt, und Caspar Baumgart, kaufmännischer Vorstand der Wemag. Quelle: Wemag/Baumgart

BETEILIGUNG. Wemag übernimmt 15 Prozent der Anteile an dem Bochumer Wärmepumpen-Installateur „360Volt“.

Der Schweriner Energieunternehmen Wemag will sein Wärmegeschäft in der Wohnungswirtschaft ausbauen und beteiligt sich an dem Start-up „360Volt“. Das 2024 gegründete Unternehmen plant und installiert Wärmepumpensysteme. Im Fokus stehen neben Einfamilienhäusern auch Mehrfamilienhäuser und Gewerbeimmobilien. Die Schweriner übernehmen nach eigenen Angaben 15 Prozent an dem Dienstleister.

360 Volt zählt seit Beginn des operativen Geschäfts Ende 2024 rund 250 Wärmepumpen-Installationen. Zudem liefert das Unternehmen Photovoltaik, Stromspeicher, Ladeinfrastruktur, Klimatisierung und intelligente Steuerungssysteme. Firmenstandorte befinden sich in Bochum und Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt. Wemag und die Tochtergesellschaft Energiehaus Deutschland haben nach

Unternehmensangaben rund 5.000 Abnahmestellen in Nordrhein-Westfalen und Hessen.

„Der Wärmemarkt erfährt aktuell einen grundlegenden Wandel. Für uns als Energieversorger bedeutet das, dass wir unseren Kundinnen und Kunden nicht nur Energie liefern, sondern sie zunehmend auch bei der Umstellung ihrer Wärmeversorgung begleiten wollen“, wird Caspar Baumgart, kaufmännischer Vorstand der Wemag, in einer Pressemitteilung zitiert. Mit 360 Volt gewinne man einen Partner, „der Wärmepumpenlösungen digital, standardisiert und mit Blick auf eine effiziente Skalierung umsetzt“.

Wemag verspricht sich von der Beteiligung vor allem, Wärme- und Energielösungen für größere Immobilienbestände anzubieten. Zum Team von 360 Volt gehören sechs Heizungsbaumeister, zwei Elektromeister sowie Monteure. „Während sich viele junge Marktteilnehmer auf standardisierte Einfamilienhäuser konzentrieren, haben wir bewusst Kompetenz für Mehrfamilienhäuser, Kaskadenanlagen, Gewerbeimmobilien und komplexe Bestandssituationen aufgebaut“, erklärt 360-Volt-Geschäftsführer Kyrill Nussbaum. (mf) // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Uniper verkauft Anteil an Opal-Pipeline



Quelle: Shutterstock / CDuschinger

GASNETZ. Der staatliche Energiekonzern Uniper gibt seine Beteiligung an der Erdgasleitung Opal ab. Der Verkauf gehört zu den Auflagen der EU-Kommission.

Uniper trennt sich von seiner Beteiligung an der Gaspipeline Opal. Der Energiekonzern hat dazu eine Vereinbarung über den Verkauf seiner 20-prozentigen Beteiligung unterzeichnet. Käufer ist der Wasserstoffinvestor Hy 24. Die Beteiligung wird über dessen Clean Hydrogen Infrastructure Fund erworben. Einen Kaufpreis nennt Uniper in seiner Mitteilung nicht.

Konkret verkauft Uniper die Lubmin-Brandov Assets GmbH & Co. KG vollständig an Hy 24. Die Gesellschaft hält einen Anteil von 20 Prozent an der Opal-Pipeline. Die übrigen 80 Prozent gehören Gascade Gastransport, die wiederum zu Securing Energy for Europe GmbH (Sefe) gehört, diese ist ebenfalls vollständig in Staatsbesitz.

Die Veräußerung gehört zu den Verpflichtungen, die Uniper aufgrund der staatlichen Stabilisierung während der Energiekrise erfüllen muss. Die Europäische Kommission hatte das deutsche Stabilisierungspaket für Uniper am 20. Dezember 2022 unter Auflagen nach dem EU-Beihilferecht genehmigt. Zu diesen Auflagen gehört die Veräußerung verschiedener Unternehmensbeteiligungen und Vermögenswerte.

Die Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (Opal) verläuft über rund 470 Kilometer von Lubmin an der Ostseeküste bis Brandov an der deutsch-tschechischen Grenze. Sie wurde ursprünglich als landseitige Fortsetzung der Ostseepipeline Nord Stream errichtet und transportierte Erdgas von Lubmin Richtung Süden. Uniper bezeichnet Opal als einen der größten Transportkorridore Europas.

Inzwischen erhält die Leitung eine neue Funktion für den Wasserstofftransport. Opal ist Bestandteil des deutschen Wasserstoff-Kernnetzes. Der nördliche Abschnitt wurde nach Angaben von Uniper Mitte Dezember 2025 auf Wasserstoff umgestellt. Die Umstellung des südlichen Abschnitts soll bis Ende 2030 folgen.

Hy 24 ist ein 2021 gegründeter Investmentmanager mit Sitz in Paris, der auf die Finanzierung der Wasserstoffwirtschaft spezialisiert ist. Das Gemeinschaftsunternehmen von Ardian und FiveT Hydrogen verwaltet ein Vermögen von mehr als 2 Milliarden Euro. Zum Portfolio zählen unter anderem H2

Mobility Deutschland, der spanische Projektentwickler Enagas Renewable sowie Hy2gen, Everfuel und der schwedische Stahlhersteller Stegra.

Abgeschlossen ist der Verkauf noch nicht. Die Transaktion benötigt behördliche Genehmigungen. Zudem darf die Gascade als Partnerin der Bruchteilsgemeinschaft ein bestehendes Vorkaufsrecht nicht ausüben. (sag)

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

MET sichert sich weiteres US-LNG



Quelle: Shutterstock / Wojciech Wrzesien

GAS. Die MET-Gruppe und Shell haben eine weitere Vereinbarung über LNG-Lieferungen aus den USA geschlossen. Die Mengen sollen über mehrere Jahre geliefert werden.

Die Handels- und Großhandelssparte MET International des Schweizer Energieunternehmens MET Gruppe hat mit Shell eine langfristige Vereinbarung über den Bezug von Flüssigerdgas (LNG) geschlossen. Shell soll danach über mehrere Jahre LNG aus dem US-Portfolio liefern, teilt der im Kanton Zug ansässige Konzern mit. Angaben zu Liefermengen, Vertragswert oder konkreten Lieferzeiträumen macht er nicht.

Die Vereinbarung ist Teil der seit mehreren Jahren bestehenden Zusammenarbeit zwischen MET und Shell. Im Juli 2024 hatten beide Unternehmen einen zehnjährigen LNG-Abnahmevertrag auf Free-on-Board-Basis unterzeichnet. Dieser sichert der MET Gruppe Zugang zu LNG aus den USA.

Im Februar 2026 vereinbarten MET und Shell zudem in einem Memorandum of Understanding (MoU), weitere Möglichkeiten für LNG-Lieferungen und Handelsaktivitäten zu prüfen. Die nun geschlossene LNG-Kaufvereinbarung (Sale and Purchase Agreement, SPA) ist nach Angaben der Unternehmen ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit.

US-LNG wird überwiegend über den US-Gaspreis-Benchmark Henry Hub bepreist. Nach Angaben der MET Gruppe können entsprechende Vertragsmodelle die Beschaffung an unterschiedliche Preisentwicklungen koppeln. Die Unternehmen machen jedoch keine Angaben dazu, wie die nun vereinbarten LNG-Mengen preislich ausgestaltet sind. (mf) // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Leverkusen mit Daniel Dierich einig



Daniel Dierich (Mitte). Quelle: Energieversorgung Beckum

PERSONALIE. Daniel Dierich wird Chef der Energieversorgung Leverkusen und fungiert als Alleingeschäftsführer.

Wen die Gesellschafter gerne auf dem Chefsessel sähen, war ein offenes Geheimnis. Bereits vor Wochen berichteten Lokalmedien, dass man den Geschäftsführer der Energieversorgung Beckum (EVB) in die Bayer-Metropole holen will. Inzwischen ist die Personalie amtlich: Am 10. September hat die Gesellschafterversammlung Dr. Daniel Dierich zum Geschäftsführer der Energieversorgung Leverkusen (EVL) bestellt. Noch nicht amtlich ist jedoch, wann der 43-Jährige seinen neuen Posten antritt. „Zum nächstmöglichen Zeitpunkt“, heißt es einer Mitteilung der EVL.

Dierich folgt auf den bisherigen kaufmännischen Geschäftsführer Thomas Eimermacher, der seit 2018 Teil der Geschäftsführung ist. Mit dem Amtsantritt von Dierich soll zugleich die bisherige Doppelspitze der EVL enden. Der technische Geschäftsführer Dr. Jan Meese verlässt das Unternehmen und wechselt zur Rhein Netz GmbH nach Köln. Meese hatte die technische Geschäftsführung seit dem Ausscheiden von Dr. Ulrik Dietzler im März 2026 interimistisch übernommen.

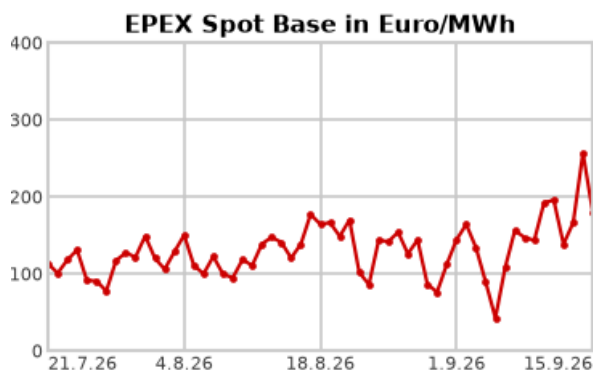
Dierich war vor seiner Zeit Beckum kaufmännischer Leiter der Stadtwerke Dinslaken. Im Jahr 2021 übernahm die Geschäftsführung der EVB. Der Versorger gehört zu 66 Prozent der Kommune, 34 Prozent der Anteile hält die Eon-Tochter Westenergie. Im Juni 2025 war Dierichs Vertrag in Beckum bis 2030 verlängert worden.

Die EVL befindet sich jeweils zur Hälfte im Besitz der Stadt und des Regionalversorgers Rheinenergie. Laut Lagebericht schloss das Unternehmen das Jahr 2025 mit einem Überschuss von 13,1 Millionen Euro ab (2024: 11,9 Millionen Euro). Die Umsatzerlöse summierten sich auf 230 Millionen Euro (2024: 265,3 Millionen Euro). Das Stromgeschäft steuerte 91,9 Millionen Euro (2024: 110,7 Millionen Euro) zum Umsatz bei, das Gasgeschäft 45,7 Millionen Euro (2024: 69,3 Millionen Euro). Die Zahl der Beschäftigten betrug 382. (mf) // VON MANFRED FISCHER

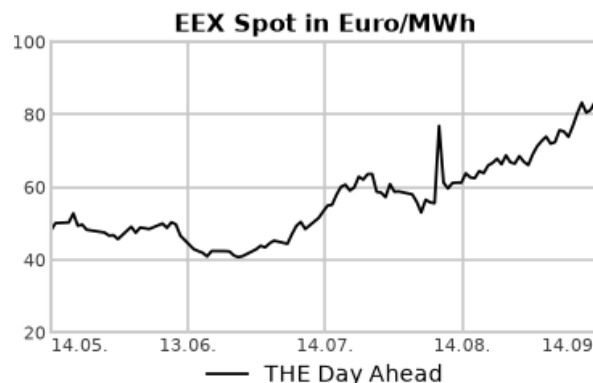
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Gaspreise legen stark zu



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Fest haben sich die Energiemärkte zum Wochenauftritt gezeigt, die durch die Ereignisse im Nahen Osten in Atem gehalten werden. Bereits vergangene Woche zwangen von Teheran unterstützte Milizen im Irak Saudi-Arabien dazu, eine wichtige Ost-West-Pipeline zu schließen, die Riad als Exportweg für Öl genutzt hatte. Die Sperrung der Pipeline, die Verschiebung des Treffens und die Eroberung der jemenitischen Küste am Roten Meer durch die Huthis trugen dazu bei, die Energiepreise weiter nach oben zu treiben.

Strom: Durch die Bank fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt vor dem Hintergrund befestigter Nachbarmärkte am Montag gezeigt. Der Dienstag wurde in der Grundlast mit 180,25 Euro je Megawattstunde gehandelt, für die Spitzenlast mussten 150,50 Euro je Megawattstunde gezahlt werden. An der Börse wurde die Grundlast mit 180,07 Euro und die Spitzenlast mit 150,21 Euro gesehen. Am Freitag war der Montag selbst over the Counter mit 223,00 Euro gehandelt worden. Händler führen den Preisrückgang vom Montag auf Dienstag auf eine stärkere Erneuerbaren-Einspeiseleistung zurück.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Dienstag mit 23,1 Gigawatt deutlich höher ausfallen als noch am Berichtstag, für den 13,6 Gigawatt prognostiziert wurden. Für den Mittwoch erwarten die Meteorologen von Eurowind 28,5 Gigawatt. In den Tagen danach dürfte die Einspeiseleistung tendenziell steigen.

Am langen Ende gewann das Cal 27 bis zum Nachmittag 3,04 auf 136,17 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Fester haben sich die CO₂-Preise am Montag gezeigt. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.26 Uhr 1,36 Euro auf 86,90 Euro je Tonne.

Die EUA weisen laut den Analysten von Vertis weiterhin eine leicht bullische Tendenz auf, solange sich der Dezember-26-Kontrakt über dem 20-Tage-Durchschnitt bei 83,60 Euro hält – gestützt durch den hohen Gaspreis, wodurch Kohle gegenüber Gas in der Stromerzeugung wirtschaftlicher wird. Demgegenüber steigt das Primärangebot im Wochenvergleich um 19,6 Prozent auf 11,87 Millionen, da für Mittwoch wieder die polnische Auktion angesetzt ist.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Montag stark zugelegt. Der richtungsweisende Frontmonat

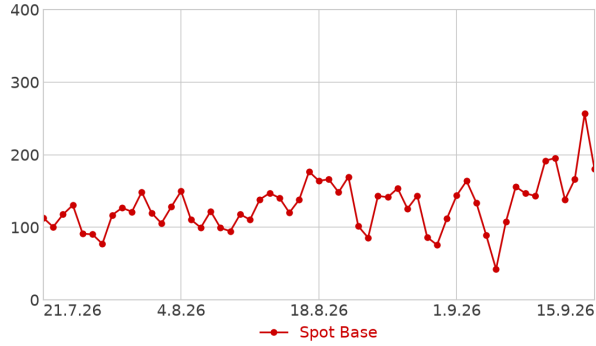
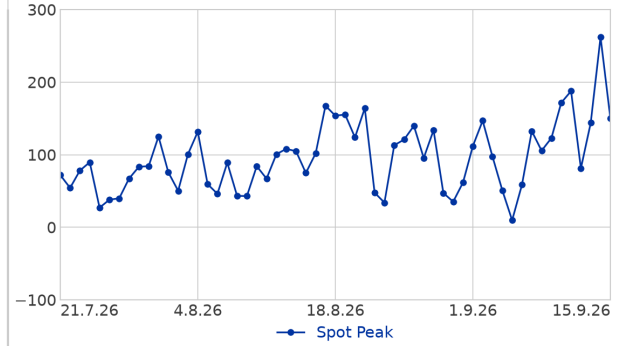
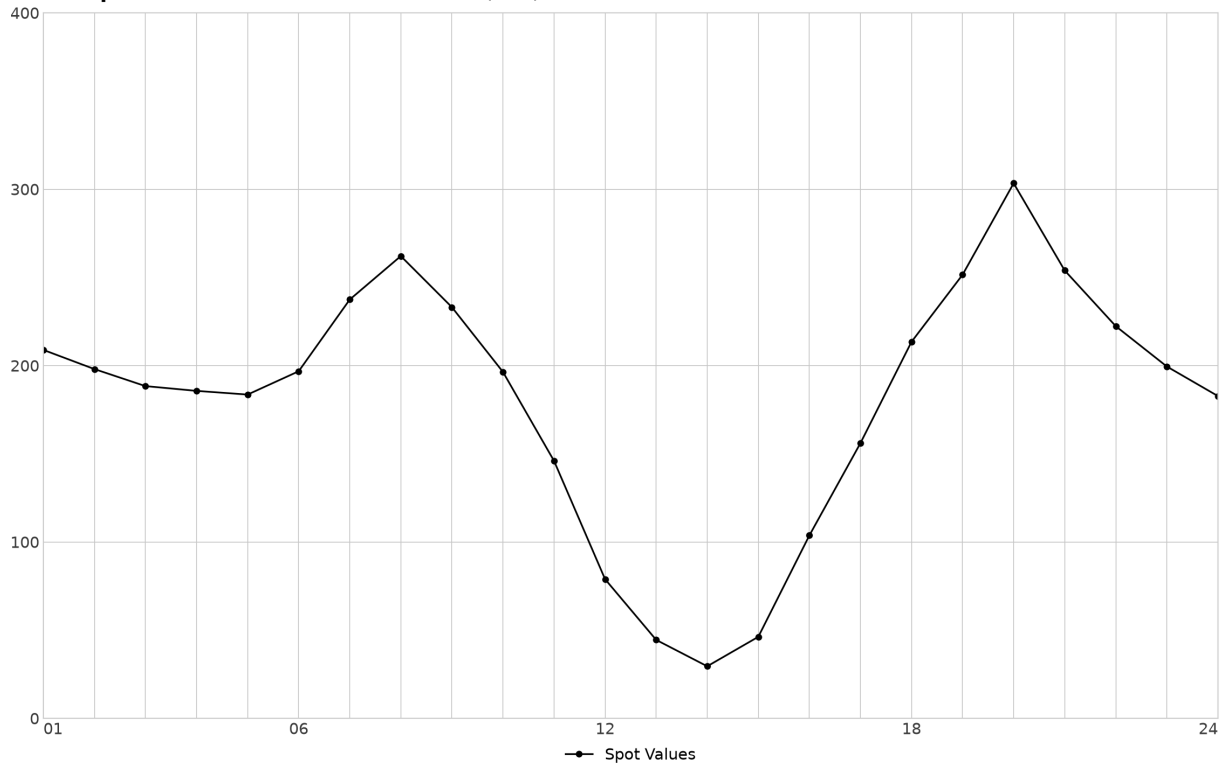
am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.20 Uhr 2,81 Euro auf 83,00 Euro je Megawattstunde.

Angebotssorgen wegen der Lieferausfälle aus den Fördergebieten am Persischen Golf treiben die Gaspreise in die Höhe. Ein ursprünglich für diesen Montag geplantes Treffen zwischen dem Iran und mehreren Golfstaaten zur Lage in der für den Transport von Energierohstoffen wichtigen Meerenge wurde verschoben.

Der europäische Gaspreis hat sich in diesem Jahr bereits fast verdreifacht, weil ein Ende des Irankriegs und der damit verbundenen Einschränkungen bei den Lieferungen von Energierohstoffen nicht in Sicht ist. Überdies stehen europäische Länder unter Zeitdruck, die niedrigen Füllstände der Gasspeicher vor dem Wintereinbruch wieder aufzufüllen.

Die Lieferungen von Flüssigerdgas (LNG) nach Westeuropa hatten zwar Anfang September zugenommen, wie aus Schiffsverfolgungsdaten hervorgeht, die von der Nachrichtenagentur Bloomberg ausgewertet wurden. In der vergangenen Woche seien die Lieferungen aber wieder gesunken, während sich gleichzeitig die Befüllung der Gasspeicher verlangsamt habe. (cdg) // VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

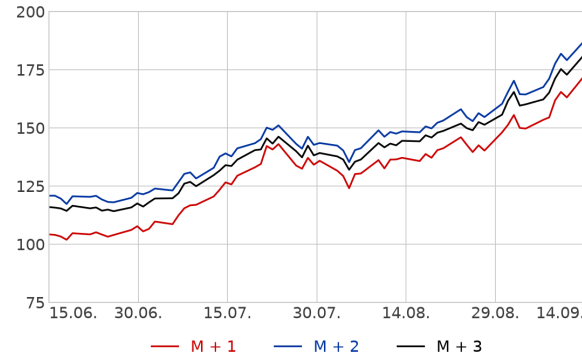
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	14.09.26	German Power Oct-2026	172,45
M2	14.09.26	German Power Nov-2026	187,45
M3	14.09.26	German Power Dec-2026	181,56
Q1	14.09.26	German Power Q4-2026	180,41
Q2	14.09.26	German Power Q1-2027	179,47
Q3	14.09.26	German Power Q2-2027	114,04
Y1	14.09.26	German Power Cal-2027	135,80
Y2	14.09.26	German Power Cal-2028	99,79
Y3	14.09.26	German Power Cal-2029	87,58

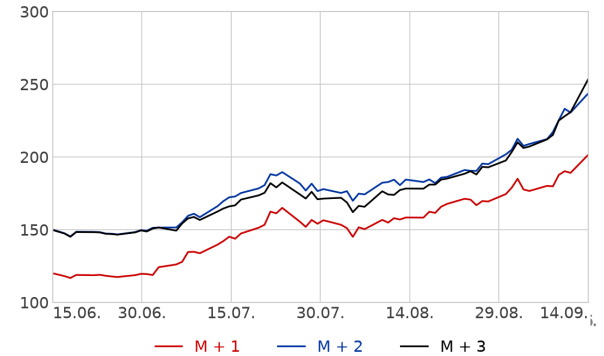
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	14.09.26	German Power Oct-2026	201,50
M2	14.09.26	German Power Nov-2026	243,71
M3	14.09.26	German Power Dec-2026	253,53
Q1	14.09.26	German Power Q4-2026	233,06
Q2	14.09.26	German Power Q1-2027	224,55
Q3	14.09.26	German Power Q2-2027	96,75
Y1	14.09.26	German Power Cal-2027	152,75
Y2	14.09.26	German Power Cal-2028	113,16
Y3	14.09.26	German Power Cal-2029	96,95

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



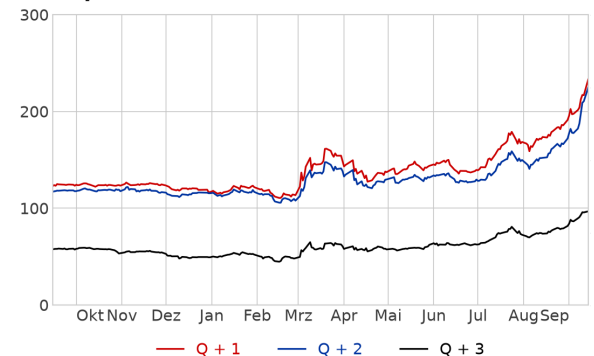
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



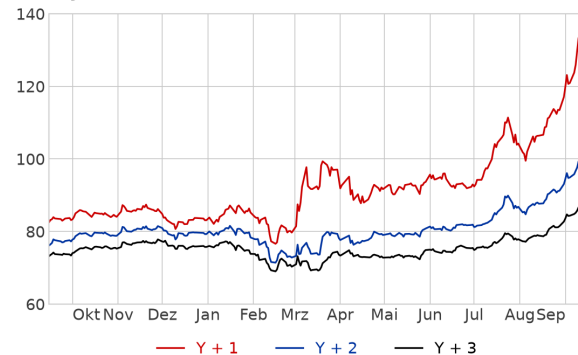
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



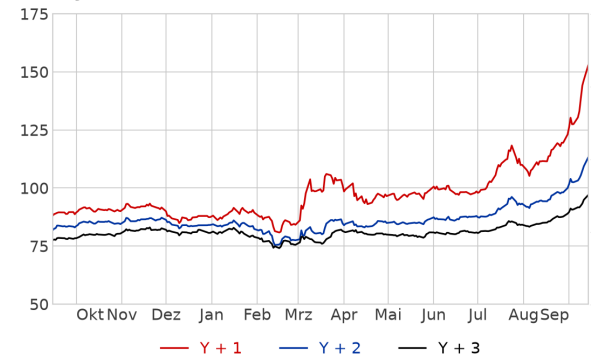
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

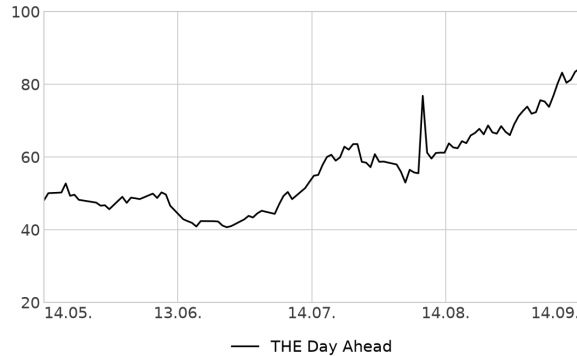


Gas Spot- und Terminmarkt

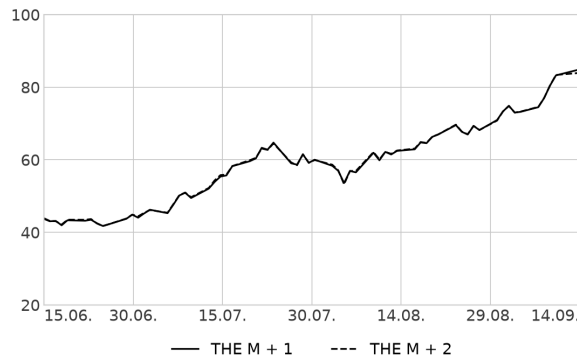
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	14.09.26	German THE Gas Oct-2026	84,89
M2	14.09.26	German THE Gas Nov-2026	83,94
Q1	14.09.26	German THE Gas Q4-2026	84,29
Q2	14.09.26	German THE Gas Q1-2027	83,02
S1	14.09.26	German THE Gas Win-2026	83,66
S2	14.09.26	German THE Gas Sum-2027	56,64
Y1	14.09.26	German THE Gas Cal-2027	62,42
Y2	14.09.26	German THE Gas Cal-2028	38,42

EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



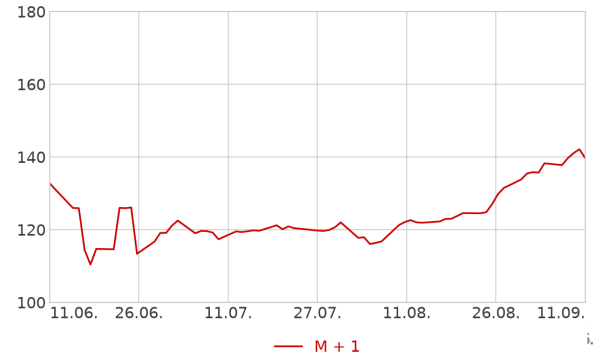
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	14.09.26	180,07	EUR/MWh
Germany Spot peak	14.09.26	150,21	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	14.09.26	88,77	EUR/tonne
Coal API2 Oktober 2026	11.09.26	139,65	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	14.09.26	84,24	EUR/MWh
German THE Gas Oct-2026	14.09.26	84,89	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	14.09.26	62,42	EUR/MWh
Crude Oil Brent Nov-2026	14.09.26	105,68	USD/bbl

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer (m/w/d) Erneuerbare Energien

Geschäftsführer (m/w/d) für NaturEnergy & NaturStromProjekte. Führe die Energiewende strategisch ...
in Bamberg (+1 weiterer Standort)

27.08.2026

● Vorstand/Geschäftsführung



Sachbearbeiter im Bereich Gewerbe- und Gaststättenwesen (m/w/d)

Die Stadt Villingen-Schwenningen mit rund 90.000 Einwohnern ist einer der vielfältigsten und größten ...
in Villingen-Schwenningen

vor 2 h

● Spezialist ● Festanstellung ● Kinderbetreuung



Ingenieur (m/w/d) Energiewirtschaft (Ingenieur/in - Energietechnik)

MITNETZ STROM ist der größte regionale Verteilernetzbetreiber in Mitteldeutschland. Du suchst eine ...
in Taucha

vor 2 h

● Parkplatz / Mitarbeiterrabatte



Ingenieur Elektrotechnik - Schaltberechtigung / Strom- & Gasnetze (m/w/d)

Du bist ehrgeizig, teamorientiert und hast große Ziele? Wir auch! MITNETZ STROM ist der größte regio...
in Taucha

vor 2 h

● Parkplatz / Betriebsarzt / Mitarbeiterrabatte



Elektroinstallateur Stromzähler Montage Service (m/w/d)

Eine Aufgabe, die herausfordert Montage, Demontage, Inbetriebnahme, Entstörung und den Wechsel v...
in Brandenburg an der Havel

vor 2 h

● Ausbildung ● Homeoffice / Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Kantine

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

